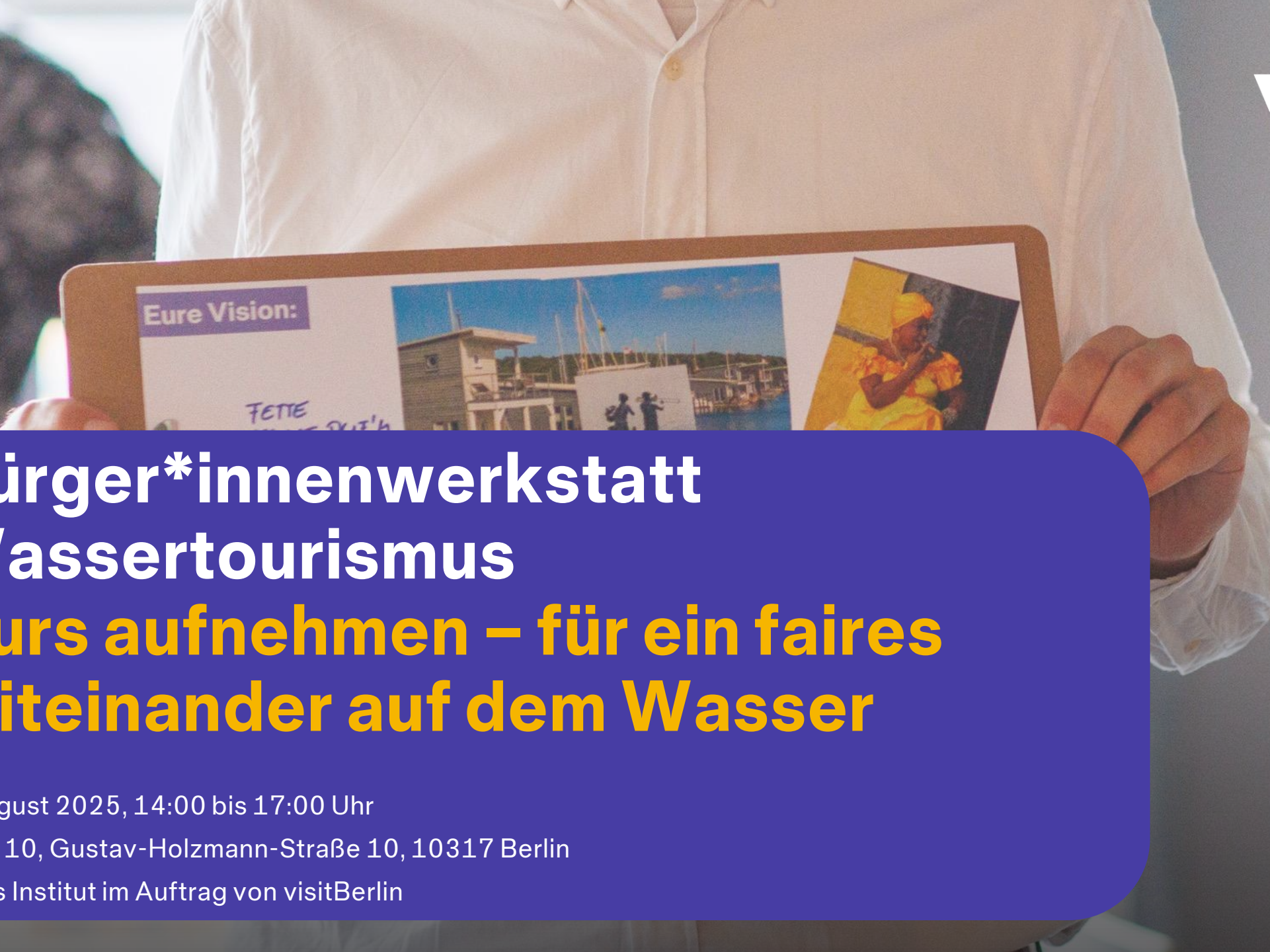




Bürger*innenwerkstatt Wassertourismus Kurs aufnehmen – für ein faires Miteinander auf dem Wasser

3. August 2025, 14:00 bis 17:00 Uhr

Dock 10, Gustav-Holzmann-Straße 10, 10317 Berlin

nexus Institut im Auftrag von visitBerlin

Überblick

Hintergrund der Veranstaltung	3
Grußworte	4
Paneltalk	7
Reflexion anhand von Alltagsszenarien	12
Zukunft auf dem Wasser gestalten	18
Schlussworte	24

Hintergrund der Veranstaltung

Die Bürger:innenwerkstatt „Wassertourismus“ am 3. August 2025 führte im Dock 10, direkt an der Spree, Menschen aus Politik, Verwaltung, Tourismus, Umweltverbänden, und Zivilgesellschaft zusammen. In dem inter-aktiven Format ging es darum, gemeinsam zentrale Fragen zur Nutzung und Weiter-entwicklung der Berliner Gewässer zu diskutieren und Ideen für die Zukunft zu entwickeln.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie sich unterschiedliche Interessen von wirtschaftlicher Nutzung und touristischer Entwicklung über Erholung und Sport bis hin zu Naturschutz in Einklang bringen lassen? Ausgangspunkt war das 2024 verabschiedete Wassertourismuskonzept, das nun in die Umsetzung gehen soll. Ziel der Werkstatt war es, aktuelle Konfliktlinien sichtbar zu machen, Perspektiven auszutauschen und gemeinsam realistische, umsetzbare Ideen zu entwickeln.

Die Veranstaltung kombinierte Impulse und Wissensaustausch mit praxisnahen Arbeitsphasen. Nach einer Einführung ins Thema eröffnete ein Panelgespräch mit fünf Expert:innen aus unterschiedlichen Bereichen den Nachmittag. Anschließend entwickelten die Teilnehmenden in Kleingruppen Lösungen zu „Mini-Cases“ fiktiven, aber realitätsnahen Beispielen aus der Gewässernutzung. Diese stellten sie im Plenum vor, bevor sie ihre Ansätze in kreativen Collagen darstellten und in einem Galerierundgang miteinander diskutierten. Moderiert wurde die Veranstaltung von Jacob Birkenhäger vom nexus Institut.



Grußworte

Einordnungen zum Wassertourismus in Berlin

Sabine Wendt, Geschäftsführerin von visitBerlin eröffnete die Bürger:innenwerkstatt mit einem Einblick in die Arbeit und den Auftrag von *visitBerlin*. Sie machte deutlich: Die Aufgabe sei es, Berlin im In- und Ausland als Reiseziel sichtbar zu machen aber nicht allein mit Blick auf steigende Besucherzahlen. Im Mittelpunkt stehe, die Lebensqualität in der Stadt langfristig zu sichern. Denn viele Gäste bedeuten automatisch auch mehr Bedarf an Infrastruktur und eine vorausschauende Steuerung der Touristenströme. Ziel sei ein stadt-verträglicher, nachhaltiger Tourismus, der den Berliner:innen ebenso zugutekommt wie den Gästen. Beide Gruppen sollen die Stadt genießen können, ohne dass einzelne Kieze oder sensible Orte überlastet werden.

Diese Grundgedanken, so Wendt, gelten nicht nur für den Tourismus an Land, sondern genauso für den Wassertourismus. Gewässer und Uferbereiche seien gleichzeitig Erholungsorte für Berliner:innen und beliebte Anziehungspunkte für Besucher:innen. Die Herausforderung liege darin, eine gute Balance zwischen den Bedürfnissen der Anwohner:innen auch in wassernahen Wohngebieten und den Erwartungen der Gäste zu finden. Dabei müsse der Schutz der Natur, insbesondere ökologisch wertvoller Gewässerräume, ebenso gesichert werden wie die Möglichkeiten zur Erholung.

Vor diesem Hintergrund unterstrich sie die Bedeutung der Werkstatt: Sie biete eine wichtige Gelegenheit, Ideen für eine nachhaltige Entwicklung des Wassertourismus in Berlin zu sammeln, verschiedene Perspektiven zusammenzubringen und gemeinsam tragfähige Lösungen zu erarbeiten. Das Ziel: Die Nutzung der Berliner Gewässer so zu gestalten, dass Natur, Erholung und urbanes Leben dauerhaft im Einklang stehen.



Grußworte

Einordnungen zum Wassertourismus in Berlin

Michael Biel, Staatssekretär für Wirtschaft, knüpfte in seiner Begrüßung an die Bedeutung von echter Beteiligung bei wichtigen stadt-politischen Entscheidungen an. Berliner:innen, so betonte er, müssten aktiv in Prozesse eingebunden werden, die die Zukunft ihrer Stadt prägen. Sein Ziel: Berlin so weiterentwickeln, dass Menschen von außen gerne hierherkommen und zugleich alle, die hier leben, ihre Lebensqualität behalten.

Michael Biel hob die besonderen natürlichen Gegebenheiten Berlins hervor: Rund sieben Prozent der Stadt bestehen aus Wasserflächen, weitere 18 Prozent aus Wald damit ist Berlin die grünste Stadt Deutschlands. Diese einmalige Mischung aus Urbanität und Natur sei ein zentraler Baustein der Lebensqualität und zugleich ein starkes touristisches Plus. Um beides zu sichern, habe das Abgeordnetenhaus gemeinsam mit der Regierungskoalition das Wassertourismuskonzept auf den Weg gebracht, das 2024 veröffentlicht wurde. Ziel sei es, wichtige infrastrukturelle Fragen zu klären und ein zukunftsfähiges Gesamtkonzept vorzugeben. Dazu gibt es fünf Themenfelder mit konkreten Schlüsselvorbaben (s. nächste Seite)

Michael Biel ordnete anschließend das Wassertourismuskonzept als Teil des Berliner Tourismuskonzepts 2018+ ein, das fortlaufend weiterentwickelt wird. Die Beteiligung der Bürger:innen sei dabei ein entscheidender Baustein nicht nur, um Probleme zu benennen, sondern auch, um Chancen zu erkennen und neue Ideen aus der Stadtgesellschaft einzubringen.

Als zentrales Leitmotiv stellte er das Prinzip des verträglichen Miteinanders auf dem Wasser heraus: Ein respektvolles Nebeneinander verschiedener Nutzungen, bei dem Sicherheit, Rücksichtnahme und der Schutz ökologisch sensibler Bereiche an erster Stelle stehen. Nur so lasse sich die einzigartige Verbindung von urbanem Leben und Natur in Berlin dauerhaft bewahren. Biel erinnerte daran, dass Sport- und Freizeitaktivitäten auf dem Wasser nicht nur für das Stadtbild, sondern auch wirtschaftlich bedeutsam sind – rund 6.000 Berliner:innen leben direkt vom Wasser und den dazugehörigen Branchen.



Themenfelder des Wassertourismuskonzepts

- Kommunikations-, Qualitäts- und Sensibilisierungsoffensive
- Ausbau der E-Mobilität zur Reduzierung von Emissionen und Lärm
- Digitale Informations- und Leitsysteme für alle Nutzer:innengruppen
- Datengestütztes Monitoring für eine nachhaltige Entwicklung des Wassertourismus
- Qualitätsvolle Infrastrukturentwicklung von der Ausstattung und Zugänglichkeit am Wasser über Ver- und Entsorgung bis hin zu Maßnahmen gegen Vermüllung und Umweltbelastung

Paneltalk

Nutzung, Schutz und Sensibilisierung auf Berliner Gewässern

Der Panel Talk der Bürger:innenwerkstatt Wassertourismus hatte ein klares Ziel: Die unterschiedlichen Sichtweisen auf Berlins Gewässer sichtbar machen und damit sowohl zentrale Herausforderungen als auch neue Chancen ins Gespräch bringen. Fünf verschiedene Perspektiven trafen hier aufeinander und ergaben ein facettenreiches, teils kontrastreiches Bild.

Aus der Tourismuswirtschaft kam der Hinweis auf die große Bedeutung des Wassertourismus als Standort- und Wirtschaftsfaktor, verbunden mit dem Appell, Qualität langfristig durch Sensibilisierung und Kooperation zu sichern. Stimmen aus Umweltschutz, Anwohnerschaft und von Akteuren direkt auf dem Wasser warben für mehr soziale Teilhabe und einen gerechteren Zugang zu den Gewässern. Ergänzt wurde die Runde durch eine politische Perspektive aus dem Abgeordnetenhaus, die auf konkrete Maßnahmen drängte und damit sowohl neue Anknüpfungspunkte als auch bestehende Spannungsfelder deutlich machte.



Panel Talk

Mathis Richter Geschäftsführer des Tourismusvereins Berlin Treptow-Köpenick, hob gleich zu Beginn den Wert des Wassers als Standortfaktor hervor und die Verantwortung, diesen Schatz zu bewahren: *„Wir haben hier einen wirklich schönen Flecken Erde, den nicht nur viele Menschen am, sondern auch auf dem Wasser genießen.“*

Er machte deutlich, dass es viele Menschen gibt, die sich bereits engagieren. Als Beispiel erzählte er von einem Nachbarn, bekannt als „Rockfisch“, der mit seinem Sohn auf einem Boot lebt und als Magnettaucher Müll vom Grund der Gewässer holt. „Dieses Beispiel zeigt, wie viel Herzblut und Eigeninitiative hier unterwegs ist.“ Aus dem Wunsch, diesen Geist zu bewahren und Konflikte zu vermeiden, sei die Kampagne „Du bist nicht allein“ entstanden. Sie setzt auf drei Schwerpunkte:

1. **Sauberkeit** – „80 Prozent des Mülls verschwindet unter der Wasseroberfläche“
2. **Lautstärke** – vor allem Partyboote beeinflussen Anwohner:innen, auch wenn man sie nicht sieht
3. **Sicherheit** – in den Fahrrinnen könne die Fahrgastschiffahrt oft erst sehr spät reagieren, was Risiken birgt

Richter betonte, dass Sensibilisierung mehr ist als neue Vorschriften: „Viele Menschen ohne Führerschein sind oft vorsichtiger als manche mit entscheidend ist die Haltung, nicht das Dokument.“

Er gab auch Einblicke in die Dimension der Bootsvermietung in Berlin: Rund 800 Verleiher bieten etwa 2.700 Leihboote auf 80 Kilometern befahrbaren Wasserwegen an. Das Problem liege aus seiner Sicht nicht in der Größe des Angebots, sondern in der fehlenden Abstimmung und Information zwischen Verleihbetrieben, Nutzer:innen und anderen Akteuren. Klare Regeln und gute Kommunikation seien entscheidend, um das Leitbild des verträglichen Miteinanders auf dem Wasser umzusetzen.

In Treptow-Köpenick seien inzwischen alle Verleiher in die Sensibilisierungspflichten einbezogen mit spürbarem Erfolg: Müllsäcke an Bord, gedrosselte Motoren und zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen. Ergänzend werde derzeit eine App getestet, über die anonym Lärm- oder Müllprobleme gemeldet werden können. Richters Fazit: *„Sensibilisierung funktioniert, wenn sie auf Verständnis, Nachvollziehbarkeit und Kooperation basiert – nicht auf reiner Regulierung.“*

Susann Ullrich vom NABU Berlin vertrat die Perspektive des Naturschutzes. Sie schilderte die Rummelsburger Bucht als *„eines der letzten Refugien, bevor die Spree in die Stadt kommt.“* Als sie 2010 beim NABU Berlin begann, sei die Bucht noch weitgehend naturnah gewesen – mit Auwaldresten, vielen Vogelarten und ungestörten Uferbereichen. Damals habe es noch ein Konzept für Bootsliegeplätze gegeben, das den Naturschutz berücksichtigte. Doch an diese Vorgaben habe sich später niemand mehr gehalten, zusätzliche Boote seien einfach irgendwo festgemacht worden.

Panel Talk

Die Folgen seien sichtbar: Rückgang des Bruterfolgs, Zerstörung von Röhrichten, Störungen im Brutgeschäft. „Ich will niemandem das Naturerleben oder die Freizeit am Wasser verbieten, aber es braucht einfach mehr Rücksicht, Information und Sensibilisierung.“

Ullrich plädierte für niedrigschwellige, anschauliche Informationsangebote: etwa Flyer oder Karten, die direkt im Boot mitgeführt werden können mit einfachen Hinweisen wie „Hier nicht fahren“ oder „Hier gibt es eine Toilette“. Je größer das Boot oder das Vorhaben, desto mehr Verantwortung sei gefragt, doch der Zugang zu den Infos müsse unkompliziert bleiben.

Deutlich kritisierte sie auch problematisches Verhalten: „Es kann nicht sein, dass Menschen mit dem Boot ins Röhricht fahren, um ein Vogelnest mal von innen zu sehen da ist dann verständlicherweise kein Vogel mehr drin.“ Ihre Lösung: Umweltbildung, Aufklärung und Dialog statt pauschaler Verbote. Nur so könne der Spagat gelingen zwischen Naturerleben und wirksamem Schutz der ökologisch sensiblen Gewässerbereiche.

Max Bayer von Spree:publik stellte im Panel die soziale Dimension in den Vordergrund: „Wasser ist für alle da, wir möchten kostenlose und barrierefreie Angebote schaffen.“ Die Initiative betreibt Kulturflöße, organisiert Jugendprojekte und arbeitet eng mit Nachbarschaftsinitiativen sowie Sportvereinen zusammen. Ein zentrales Ziel: die Einrichtung eines Kulturhafens in der Rummelsburger Bucht, der Zugang, Naturschutz und kulturelle Nutzung miteinander verbindet.

Bayer sieht sich und seine Initiative als Teil eines Netzwerks, das Konflikte entschärft, da sie die Perspektiven der verschiedenen Seiten kennen. Für ihn sind regelmäßige Austauschrunden entscheidend: „Es braucht Runde Tische, in denen sich alle gesehen fühlen. Wenn es die nicht gibt, eskalieren Konflikte, und am Ende gibt es Verbote statt gemeinsamer Regeln.“ Er warnte, dass sich viele Akteure ohne Austausch nicht wahrgenommen fühlten und dann schnell zu rechtlichen Schritten griffen. Sein Appell: „Wir müssen reden, bevor es knallt.“



Panel Talk

Sonja Wilke vom Bürger:innenbeirat Berlin-Tourismus lenkte den Blick auf Besucherlenkung und Kommunikation: „Es sind nicht die einzelnen Boote, die Probleme machen, es ist die Masse und die Strecken, wo sie langfahren.“ Lärm entstehe oft unbeabsichtigt, viele seien sich schlicht nicht bewusst, dass sie zu laut unterwegs seien.

Anstelle pauschaler Verbote plädierte Wilke dafür, den Wassertourismus stärker in die Außenbezirke zu lenken und so bekannte Hotspots zu entlasten. Sie verwies auf bestehende Beteiligungsformate wie Bürger:innenforen, in denen Anwohnende, Expert:innen, Verwaltung und Politik zusammenkommen, sowie auf kleinere, thematisch fokussierte Fachrunden: „Solche Runden sind wichtig, um Wissen auszutauschen und Entscheidungen mit breiter Beteiligung vorzubereiten.“

Dunja Wolff, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, betonte, dass Politik nicht allein durch neue Gesetze alle Herausforderungen lösen könne: „Wir müssen uns zuhören, aufeinander eingehen und gemeinsam Lösungen entwickeln.“ Sensibilisierung und Zusammenarbeit seien keine „netten Nebenprojekte“, sondern Voraussetzung für eine nachhaltige Gewässernutzung.

Sie plädierte für praxisnahe Ausbildungsangebote, etwa dreitägige Schulungen auf Hausbooten, um Nutzende mit Regeln und Verhalten auf dem Wasser vertraut zu machen. Wolff wies darauf hin, dass Berliner Gewässer Bundeswasserstraßen mit verbindlichen Rechtsregelungen seien, ohne deren Einhaltung funktioniere kein friedliches Miteinander. Zugleich sprach sie die Grenzen politischer Steuerung an, etwa begrenzte Ressourcen bei der Wasserschutzpolizei, und die Notwendigkeit klarer

Prioritäten. Sie verwies auf eine große Veranstaltung mit über 90 Teilnehmenden, bei der Anliegen verschiedener Gruppen in das Wassertourismuskonzept eingebracht wurden. Politisch wolle sie den Dialog zwischen gewerblichen Anbietern, Freizeitnutzenden und Anwohner:innen fördern, beispielsweise durch spezielle Tage mit reduzierten Einschränkungen, flankiert von Geschwindigkeitsbegrenzungen und klarer Beschilderung.

Im weiteren Verlauf griff der Moderator gezielt Punkte aus den Eingangsaussagen auf und stellte Rückfragen an die Teilnehmenden. An Max Bayer von der Initiative Spree:publik gerichtet wollte er wissen, was es für einen guten Dialog brauche? Bayer antwortete, es brauche Runde Tische, bei denen alle Beteiligten sich gegenseitig sehen und wahrnehmen. Viele Konflikte würden aktuell im Privaten ausgetragen; man müsse stattdessen im direkten Austausch bleiben. Mathis Richter ergänzte auf Nachfrage, dass Sensibilisierung beharrlich und auf Augenhöhe erfolgen müsse. „Der Führerschein allein reicht nicht, es gibt auch erfahrene Menschen, die Fehler machen.“ Er verwies auf gute Beispiele aus der Praxis wie E-Boote oder gedrosselte Musik und hob die Bedeutung der App als niedrigschwelliges Meldetool hervor. Susann Ullrich beantwortete die Frage, wo Sensibilisierung an ihre Grenzen stoße, mit dem Hinweis, dass sie im kleinen Umfang gut funktioniere, etwa mit klaren Anleitungen auf Charterbooten und dass der Umweltaspekt stärker betont werden müsse. Auf die Frage an Dunja Wolff, wie Politik Sensibilisierung und Kooperation fördern könne, entgegnete sie, Politik müsse selbst Teil dieses Prozesses sein und niedrigschwellige Voraussetzungen für den Umgang mit dem Wasser schaffen, wenn man auf zusätzliche Verbote verzichten wolle.

Panel Talk

Beim Panelgespräch wurde schnell klar: Auf den Berliner Gewässern treffen eine Vielzahl von Interessen und Rahmenbedingungen aufeinander und zwar so, dass sie sich gegenseitig beeinflussen. Ökologische Belange, Nachbarschafts- und Freizeitinteressen, touristische Angebote und die besonderen Regeln für Bundeswasserstraßen bilden ein komplexes Geflecht. Eine einfache Lösung? Gibt es nicht. Vielmehr braucht es ein Zusammenspiel aus Aufklärung, klaren und verlässlichen Regeln, gelebter Eigenverantwortung und einem dauerhaften Austausch zwischen allen, die auf oder am Wasser aktiv sind.

Mehrfach wurde betont: Nur neue Gesetze zu erlassen reicht nicht. Vielmehr müsse durch niedrigschwellige Informations- und Bildungsangebote, praxisnahe Schulungsformate und die aktive Einbindung aller Akteure vor Ort ein Bewusstsein für die besonderen Herausforderungen auf dem Wasser geschaffen werden. Wenn Menschen begreifen, warum Rücksichtnahme wichtig ist, steigt auch die Bereitschaft, sie im Alltag zu leben. Eigenverantwortung heißt hier: Rücksicht nehmen, Regeln einhalten und sich aktiv für Natur- und Erholungsräume einsetzen.

Genauso wichtig sind aber klare politische und organisatorische Leitlinien. Sie müssen dafür sorgen, dass empfindliche Naturbereiche geschützt bleiben und gleichzeitig Freizeit, Tourismus und Wirtschaft eine Perspektive haben. Aus der Praxis kamen dazu viele gute Beispiele: Besucherlenkung, technische Lösungen wie leisere Motoren oder E-Boote, und Projekte, bei denen Verwaltung, Anbieter und Initiativen zusammenarbeiten.

Unterm Strich hat das Panel gezeigt: Eine zukunftsfähige Nutzung der Berliner Gewässer klappt nur, wenn Schutz und Nutzung im Gleichgewicht sind, Verantwortlichkeiten klar geregelt werden und der Dialog zwischen den Beteiligten dauerhaft geführt wird nicht nur in einzelnen Projekten oder bereits eskalierten Anlässen. Nur so kann den vielfältigen Ansprüchen an Erholung, Naturschutz, Tourismus und wirtschaftliche Entwicklung langfristig entsprochen werden.



Reflexion anhand von Alltagsszenarien

Nach den vielfältigen Perspektiven aus dem Panelgespräch ging es in der zweiten Hälfte der Veranstaltung in die Praxis: In Kleingruppen arbeiteten die Teilnehmenden an typischen Konfliktsituationen, wie sie auf und am Wasser in Berlin immer wieder vorkommen. Grundlage dafür waren fünf fiktive, aber realitätsnahe Fallbeschreibungen, inspiriert von echten Erfahrungen und Beobachtungen auf den Berliner Gewässern.

Die Aufgabe: Die Fälle aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten, mithilfe gezielter Leitfragen analysieren und gemeinsam Ideen entwickeln, wie sich solche Konflikte lösen oder sogar vermeiden lassen. Die Gruppen waren bewusst bunt gemischt – Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen kamen zusammen, um ihre Sichtweisen einzubringen.

Zum Abschluss wurden die Ergebnisse im Plenum vorgestellt. So konnten alle von den Ideen der anderen profitieren, neue Denkanstöße mitnehmen und sehen, wie unterschiedlich, aber auch wie ergänzend Lösungswege ausfallen können.



Fall 1:

Floßbewohnerin ringt um kulturelle Freiräume

„Kurz vor Sonnenuntergang sitzt Jasmin (34) auf ihrem selbstgebauten Floß in der Rummelsburger Bucht. Seit Jahren lebt und arbeitet sie hier und hat mit anderen eine Kunst- und Kulturinitiative gegründet, ein Netzwerk aus Atelier- und Hausbooten für Kunst, Nachbarschaft und gemeinschaftliches Leben. Kleine Lesungen, Konzerte und Clean-up-Aktionen gehören zum Alltag. Doch neue Auflagen wie die Pflicht, jederzeit jemanden an Bord zu haben, erschweren das Leben. Steigende Grundstückspreise und Bautätigkeiten am Ufer verdrängen zudem Freiräume. „Unser Lebensentwurf scheint plötzlich nicht mehr erwünscht, obwohl wir hier Verantwortung übernehmen.“

Die Gruppe erkannte in diesem Mini Case ein Spannungsfeld zwischen künstlerisch-kultureller Nutzung, ökologischen Belangen, Nachbarschaftsinteressen und rechtlichen Vorgaben. Sie betonte, dass die Initiative bewusst keine Partys veranstaltet und Verantwortung für den Ort übernimmt. Gleichzeitig führe die zunehmende Bebauung der Gewässer zu einer „Beengung“, die die offene Nutzung einschränkt, ergänzt um ein Gefühl der Unsichtbarkeit und mangelnder politischer Anerkennung für alternative Lebens- und Kulturformen.

Als Lösungsansätze schlug die Gruppe regelmäßige Runde Tische vor, bei denen Betreiber:innen, Anwohner:innen, Verwaltung, Politik und Naturschutzakteure gemeinsam ins Gespräch kommen. Wichtig sei, die tatsächlichen Probleme aus Sicht der Betroffenen zu definieren, nicht nur abstrakte Regeln umzusetzen. Außerdem plädierten sie für verbindliche Rahmenbedingungen, die Raum für Kultur und Ökologie lassen, sowie für eine Wertediskussion, die zeigt, dass Kultur, soziale Teilhabe und Umweltschutz koexistieren können. Ein zentraler Baustein sei zudem die Sensibilisierung aller Nutzer:innen für die Besonderheiten des Lebens auf dem Wasser.



Fall 2:

Anwohner und Amt sehen Regelungsbedarf auf dem Wasser

„Herr M. (58) lebt seit vielen Jahren mit Blick auf die Rummelsburger Bucht. „Früher fand ich die kreative Szene spannend, inzwischen wirkt sie auf mich unübersichtlich“, erzählt er. „Manche Flöße scheinen Dauerpartys zu sein, andere sind Hausboote ohne Genehmigung. Und wenn nachts Musik über das Wasser hallt, weiß man gar nicht, wen man ansprechen kann.“

An seiner Seite in dieser Szene: Frau B., Sachbearbeiterin im Bezirksamt, die die rechtlichen Rahmenbedingungen kennt. „Wir haben kaum Instrumente, um zwischen kommerziellen Partybooten und nicht-kommerziellen Kulturflößen zu unterscheiden“, erklärt sie. Hinzu komme, dass Wasserstraßen Bundessache seien, während Ufer- und Bebauungsthemen beim Bezirk liegen. „Es fehlt eine klare Zuständigkeit und eine politische Entscheidung, was Berlin langfristig auf dem Wasser will.“

Die Gruppe stellte heraus, dass unklare Zuständigkeiten und mangelnde Kommunikation zwischen Anwohner:innen, Nutzer:innen und Verwaltung ein zentrales Problem sind. Herr M. wünscht sich Ruhe, Sicherheit und klare Ansprechpartner:innen bei Störungen, während die Verwaltung auf verbindliche Rahmenbedingungen und eine bessere Koordination zwischen Bund und Bezirk setzt. Auch die Nutzer:innen brauchen klar verständliche Regeln, um Konflikte zu vermeiden.

Als Lösungen schlug die Gruppe vor, klare Ansprechpartner:innen für Beschwerden einzurichten, digitale Tools zur Meldung von Verstößen einzusetzen (z. B. „Initiative Igel“ gegen Lärm) und strukturierten Dialog zwischen allen Akteuren zu fördern. Außerdem betonten sie die Notwendigkeit einer langfristigen politischen Strategie, die unterschiedliche Nutzungen berücksichtigt und verbindliche Standards setzt. Ergänzend wurden Assistenzsysteme zur Lärmüberwachung und die Unterstützung aktiver Initiativen gegen Müll und Lärm vorgeschlagen



Fall 3:

Kanufahrer:innen erleben Gefahr durch Freizeitboote

„Zwei Urlauberinnen aus Dortmund mieten im Treptower Park spontan ein Kanu. Eigentlich wollen sie einen entspannten Nachmittag verbringen – doch schnell kippt die Stimmung. Mehrfach rasen Motorboote mit hoher Geschwindigkeit vorbei, so nah, dass das Kanu gefährlich ins Schwanken gerät. „Eine Welle hat uns fast zum Kentern gebracht“, berichtet eine von ihnen. Viele der Motorboote scheinen von Freizeitgruppen gesteuert zu werden, oft mit Getränken in der Hand und wenig Erfahrung.“

Die Gruppe erkannte ein deutliches Sicherheitsproblem: fehlende Kontrollen von Geschwindigkeit und Abständen sowie das Fehlen geschützter Bereiche für leise und langsame Wasserfahrende. Kanufahrende wünschen sich ruhige, sichere Zonen, während Motorbootnutzende den freien Zugang zu führerscheinfreien Booten erhalten möchten. Die Verleiher betonten, dass sie Regeln zwar weitergeben, aber keine Kontrollaufgaben übernehmen können.

Als Lösungen wurden vorgeschlagen: Sensibilisierungskampagnen (z. B. Infos der Wasserschutzpolizei oder Hinweise bei den Verleihern), eine Leistungsbegrenzung auf 5 PS für führerscheinfreie Boote, geschützte Zonen oder Zeitfenster für leise Nutzungen, bessere Zusammenarbeit zwischen Verleihern, Behörden und Nutzenden sowie mehr Präsenz der Wasserschutzpolizei zur Durchsetzung der Regeln.



Fall 4:

Familie stört unbeabsichtigt geschützte Naturzone

„Eine vierköpfige Familie mietet ein Kanu in der Nähe des Plänterwalds. Sie entdecken eine ruhige Badestelle mit klarem Wasser und Schilfgürtel, ein perfekter Ort für ein Picknick. Was sie nicht wissen: Die Stelle liegt in einem ökologisch sensiblen Bereich, einem wichtigen Brut- und Rückzugsort für Wasservögel. Das einzige Hinweisschild ist vom Wasser aus kaum zu sehen. Ein Naturschützer, der dort regelmäßig Kartierungen macht, berichtet: „Diese Bucht war lange ein Rückzugsort – jetzt kommen hier an Sommertagen dutzende Boote. Das Ufer leidet.“

Die Gruppe stellte fest, dass das Problem vor allem in Unkenntnis und mangelhafter Beschilderung liegt. Viele Nutzer:innen wissen nicht, dass sie in einem Schutzgebiet sind. Naturschutzakteure fordern klare Regeln und eine bessere Steuerung der Zugänge, während Verleiher transparentere Informationen und Unterstützung durch Verwaltung und Naturschutz benötigen.

Die Lösungsvorschläge umfassten Übersichtskarten für Verleiher, die vor der Ausleihe auf Schutzgebiete hinweisen, auffällige Beschilderung vom Wasser aus sowie öffentliche Informationskampagnen zur Bedeutung dieser Gebiete. Zudem wurde die gezielte Lenkung von Freizeitnutzung vorgeschlagen, um einen Ausgleich zwischen Erholung und Naturschutz zu erreichen.



Fall 5:

Polizei reagiert auf Lärm und Nutzungskonflikte

„An warmen Wochenenden häufen sich die Beschwerden bei der Wasserschutzpolizei: laute Musik von Partyflößen, riskantes Fahrverhalten und das Gefühl, dass rücksichtsloses Verhalten überhandnimmt. „Früher war das Wasser für viele ein Rückzugsort, jetzt ist es oft eine Bühne für Rücksichtslosigkeit“, berichtet eine Anwohnerin vom Wannsee.“

Die Gruppe identifizierte hier einen klassischen Konflikt zwischen Ruhe- und Naturinteressen und einer intensiven, teils lauten Freizeitnutzung. Anwohnende und stille Erholungssuchende fordern Schutz vor Lärm und Gefährdung; Freizeit- und Eventnutzer:innen pochen auf ihre Gestaltungsfreiheit. Kontrollbehörden sehen sich mit begrenzten Ressourcen konfrontiert und wünschen sich klare politische Prioritäten.

Als Lösungen wurden Sensibilisierungskampagnen für Rücksichtnahme, Dialogformate zwischen allen Nutzergruppen und eine klare politische Richtungsentscheidung vorgeschlagen, die Prioritäten definiert. Ergänzend sollten Nutzungs- und Verhaltensregeln transparent veröffentlicht und regelmäßige Runde Tische etabliert werden, um Konflikte langfristig zu entschärfen. Auch eine verstärkte Polizeipräsenz wurde als kurzfristige Maßnahme empfohlen.



Zukunft auf dem Wasser gestalten

Im zweiten Teil der Werkstatt ging es darum, Collagen zu entwickeln, die zeigen, wie die zuvor diskutierten Konflikte auf und am Wasser vereinbar und stadtverträglich gelöst werden können. Ziel war, Ideen, Werte und Lösungsansätze in einer bildhaften Collage zusammenzufassen und mit prägnanten Slogans zu versehen. Die Collagen sollten die angestrebte Zukunft auf den Berliner Gewässern sichtbar machen, aus der Perspektive verschiedener Akteursgruppen und unter Berücksichtigung von Natur, Erholung, Kultur, Wirtschaft und gesellschaftlichem Miteinander.



1. „Fette Kunst auf dem Floß“

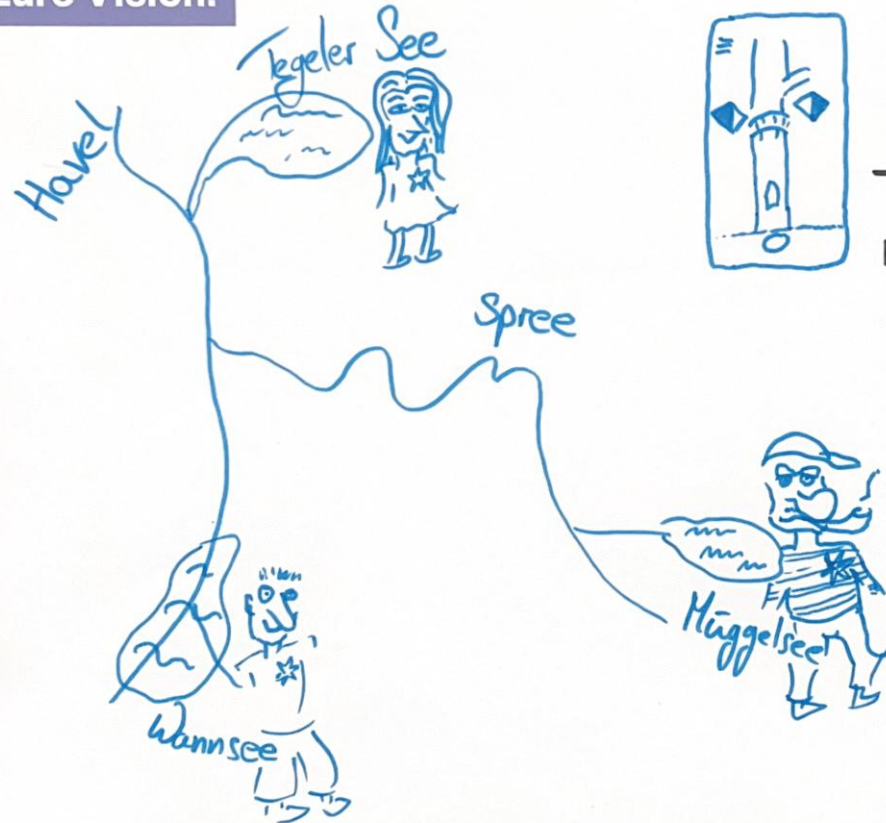
Diese Vision betont die Bedeutung eines lebendigen, multikulturellen Miteinanders auf den Berliner Gewässern. Im Mittelpunkt steht eine vielfältige Kulturszene auf und am Wasser, die im Einklang mit den Interessen der Anwohnenden steht. Das Wasser wird als Raum für kreative Ausdrucksformen und kulturelle Begegnungen verstanden, mit dem Ziel, Teilhabe, Vielfalt und Lebensqualität zu fördern.



2. „Freiheit auf dem Wasser – mit klarer Verantwortung“

Hier steht der Gedanke im Vordergrund, dass freie Nutzung des Wassers nur mit klar geregelter Verantwortung möglich ist. Vorgeschlagen wird die Einführung bürgernaher Ansprechpersonen, sogenannte Lotsen oder „Hausmeister auf dem Wasser“, die als Vermittler zwischen den Akteuren fungieren. Digitale Assistenzsysteme sollen zusätzlich für Sicherheit und verantwortungsbewusstes Verhalten sorgen, ohne dass dies als polizeiliche Kontrolle empfunden wird.

Eure Vision:



Freiheit auf
dem Wasser
→ aber nur
mit dem
Havel -
Wannsee -
Müggel -
Lotsen



3. „Wasser bewegt Menschen“

Diese Vision versteht Wasser als verbindendes Element zwischen Natur, Anwohner:innen, Freizeitnutzenden und Wirtschaft. Naturschutz nimmt eine zentrale Rolle ein: Alle Akteure sollen gemeinsam an einem Tisch nachhaltige Nutzungskonzepte entwickeln, um die Wasserqualität zu sichern. Die Gruppe betonte, dass ohne eine intakte Umwelt der Wasserraum seine Bedeutung für Erholung, Tourismus und Lebensqualität verliert.



4. „Wasserschutz = Naturschutz = Menschenschutz“

Unter diesem Motto wird eine klare Zonierung der Gewässer vorgeschlagen: ungestörte, naturnahe Bereiche für sensible Ökosysteme einerseits und ausgewiesene Plätze für Naturerleben andererseits. Die Anreise soll möglichst umweltfreundlich erfolgen, und Bootsparkplätze in Schutzgebieten sollen nicht erlaubt sein. Ergänzend wird die Einrichtung eines „Hauses der Naturschutzverbände“ angeregt, das als Informations- und Sensibilisierungsort für Bürger:innen dient.



5. „Fair unterwegs – dem Wasser zuliebe“

Der Fokus dieser Vision liegt auf einer respektvollen, ressourcenschonenden Nutzung der Gewässer. Natur, Flora und Fauna sollen geschützt werden, während gleichzeitig attraktive Freizeitmöglichkeiten bestehen bleiben. Wirtschaftliche Akteure wünschen sich weniger Bürokratie, um kundenfreundlich agieren zu können. Ziel ist ein Gleichgewicht zwischen Spaß, Erholung, Naturerlebnis und ökologischer Verantwortung.



Schlussworte

Am Ende der Werkstatt dankte der Moderator den Teilnehmenden für ihr Engagement und die Bereitschaft, sich an einem Sonntagnachmittag diesem wichtigen Thema zu widmen.

Aus dem Publikum kamen abschließend nochmals Hinweise zu Problemen, Chancen und möglichen Maßnahmen, bei denen Umweltschutz und Nachhaltigkeit durch Sensibilisierung und Kooperation im Mittelpunkt stehen.

Die aufbereiteten Ergebnisse werden *visitBerlin* zur Verfügung gestellt, um die Umsetzung des Wassertourismuskonzepts daran auszurichten und insbesondere geeignete Sensibilisierungs- und Kooperationsmaßnahmen anzustoßen und zu begleiten.

Dunja Wolff würdigte abschließend den gelungenen Austausch zwischen den verschiedenen Akteursgruppen als zentrales Ziel der Veranstaltung. Sie betonte, wie wichtig gegenseitiges Zuhören, Rücksicht auf die Natur und die Verbindung von Umwelt- und Naturschutz mit einer lebendigen, nachhaltigen Wassernutzung sind.

